

# COMMUNIQUE

## Sonntagsfahrverbote sind reine Alibiübung

Der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS lehnt sowohl die Sonntags-Initiative als auch den indirekten Gegenvorschlag der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Ständerats vehement ab.

In seiner Botschaft hat der Bundesrat den eidgenössischen Räten richtigerweise beantragt, die Volksinitiative „für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit – ein Versuch für vier Jahre (Sonntags-Initiative)“ Volk und Ständen ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Umso unverständlicher ist es deshalb, dass die ständerätliche Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) die Sonntags-Initiative zwar ablehnt, sich zugleich aber für einen indirekten Gegenvorschlag ausspricht, der am eidgenössischen Buss- und Betttag sowie an einem anderen Sonntag ein Fahrverbot einführen will.

Wie der Bundesrat lehnt auch der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS die Sonntags-Initiative ab, weil die Nachteile die Vorteile bei weitem überwiegen. Auch den indirekten Gegenvorschlag der KVF des Ständerats erachtet der FRS als reine Alibiübung.

Sonntagsfahrverbote sind nicht verfassungswürdig. Sie verbessern weder die Lebensqualität noch leisten sie einen nachhaltigen Beitrag für den Umweltschutz. Ganz im Gegenteil: Sie schaden dem Image der Schweiz und haben ungünstige wirtschaftliche Konsequenzen. Die Einführung von vier bzw. zwei autofreien Sonntagen würde die Schweiz in Europa isolieren. Dies kann nach der klaren Zustimmung zu den bilateralen Verträgen nicht im Sinn der Schweizer Bevölkerung sein.

Sonntagsfahrverbote machen das Ferien- und Erlebnisland Schweiz unattraktiv. Rund 70 Prozent der ausländischen Touristen sind mit dem Auto unterwegs. Und durchschnittlich 79 Prozent der inländischen Bevölkerung machen an einem „normalen“ Sonntag mit dem Auto einen Ausflug. Viele Regionen und touristische Betriebe sind auf diesen Tagestourismus angewiesen. Autofreie Sonntage bescheren der Branche zünftige Umsatzrückgänge und beträchtliche Einnahmehausfälle.

Bewohnerinnen und Bewohner unseres Landes, die keinen oder nur ungenügenden Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel haben, werden durch staatlich verordnete autofreie Erlebnistage diskriminiert. Zudem steht in zahlreichen Branchen der Berufsverkehr auch am Sonntag nicht still.

Die Stimmberechtigten haben bereits 1978 an der Urne deutlich gesagt, dass sie von Sonntagsfahrverboten rein gar nichts halten: Damals haben Volk und Stände die sogenannte Burgdorfer-Initiative, die 12 motorfahrzeugfreie Sonntage pro Jahr verlangte, mit rund 64 Prozent Nein-Stimmen klar bachab geschickt.

Bern, den 30. Mai 2000